SPD-Arbeiter in der Kampffront gegen das Todesurteil

Trotz der ungeheuren Hetze, die die SPD-Presse gegen die KPD in der Frage des Kampfes gegen das Chemnitzer Todesurteil entfaltet, erkennen immer mehr sozialdemokratische Arbeiter, wie notwendig es ist, sich in die Front des von der KPD und RGO organisierten Massenkampfes gegen das Todesurteil und gegen die Klassenjustiz einzureihen.

Für die Arbeiter des Betriebes Mühlenbauanstalt Ming in Schmiedeberg hatte die Rote Hilfe Protestlisten gegen das Chemnitzer Todesurteil ausgelegt, in die sich über 100 Arbeiter, darunter zahlreiche sozialdemokratische und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, einzeichneten, obwohl der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende sich dagegen wandte.

In der Hauptversammlung der Arbeiter-Turn- und -Sportvereins Freie Turnerschaft Colmnitz brachten sozialdemokratische Arbeiter eine Protestentschließung ein, die den schärfsten Kampf für sofortige Aufhebung des Todesurteils und für die Freilassung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen sowie für die Aufhebung der faschistischen Sondergerichte gelobt.

In Chemnitz wurde von einer DMV-Erwerbslosenversammlung, die von ca. 1000 erwerbslosen DMV-Mitgliedern besucht war, mit überwältigender Mehrheit eine Resolution für die sofortige Freilassung Bartls, sowie des verhafteten Genossen Kurt Schneider angenommen.

Auch die Fürsorgearbeiter des Wasserwerkes Hohenwitz nahmen Stellung gegen das Chemnitzer Terrorurteil und forderten die sofortige Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen.

Eine gleiche Protestentschließung wurde von den Arbeiterdeputierten von Dresden-Neustadt angenommen.

Am Freitag demonstrierten, wie uns gemeldet wird in Chemnitz etwa 2000 Erwerbslose, die immer wieder die Freilassung Bartls und des Genossen Fiedler forderten. Ebenso fordert der aus Arbeitern aller Richtungen zusammengesetzte Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion in Chemnitz die sofortige Aufhebung des ungeheuerlichen Schreckensurteils des Chemnitzer Schwurgerichts.

Auch die Arbeiterkinder marschieren in der Kampffront gegen das Todesurteil. Eine Knabenschulklasse der Altchemnitzer Schule und die Klasse 2 der [illegible] Volksschule sowie mehrere Pioniergruppen faßten Protestbeschlüsse gegen das Todesurteil und fordern die Aufhebung des Verbots der Arbeiter- und Bauernkinderzeitung Die Trommel.

Laßt nicht nach in der Kampagne gegen das Chemnitzer Schreckensurteil. Es darf keinen Betrieb, keine Stempelstelle, keine Schicht der Arbeiter und Werktätigen geben, die nicht in dieser Massenkampffront einbezogen werde.

Reichsbanner-Arbeiter begrüßen unseren Parteitag

Die Ortsgruppe Lobsdorf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sandte dem 3. Bezirksparteitag der KPD Sachsen ein Begrüßungsschreiben. In diesem Schreiben erkennen die Reichsbannerarbeiter den Kampf der Kommunistischen Partei für die Herstellung der roten Einheitsfront im Kampf gegen die Verelendung aller Werktätigen an. Sie wenden sich gegen die gemeine Hetzkampagne, die die SPD-Presse gegen die KPD führt, indem sie schreiben:

„Empört verfolgen wir jeden Tag die in der SPD-Presse veröffentlichten Artikel gegen die KPD. Unter allen Umständen will die Führung unserer Partei nicht hinter den Forderungen der Faschisten, welche auf das generelle Verbot der führenden Partei des Proletariats hinauslaufen, zurückstehen.“

Ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei als der einzigen Führerin der Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur und ihrer Erkenntnis, daß SPD. und Reichsbannerführung auf der anderen Seite der Barrikaden stehen, drückt sich in folgenden Schlußsätzen des Briefes aus:

„So wie wir haben tausende eiserne Frontler und Reichsbannerkameraden dieses arbeiterfeindliche Treiben unserer Führer längst erkannt und schlossen sich der Antifaschistischen Aktion an. Je mehr unsere Presse gegen die rote Einheitsfront hetzt, desto fester werden wir zusammenstehen. Wir werden alles daran setzen, damit in unseren Reihen Klarheit über die verbrecherischen Betrugsmanöver der SPD.- und Reichsbannerführung gegen das Proletariat geschaffen wird.

Möge der Bezirksparteitag der KPD in seiner ernsten Beratung über den Kampf um das Schicksal der Millionen Werktätigen in Sachsen und der Erringung des Sozialismus überhaupt ein weiterer Meilenstein im Vormarsch der revolutionären Kampffront sein.

Wir gegenwärtig noch im Reichsbanner organisierten revolutionären Proletarier, zusammengeschlossen mit euch, in der Antifaschistischen Aktion, fühlen uns mit der KPD auf Tod und Leben im revolutionären Klassenkampf verbunden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Lobsdorf,
I. A.: Richard Loch, Keidel und Winter.“

Kommunistischer Vormarsch

bei den Gemeindewahlen in Thüringen. Schwere Verluste der SPD und der Nazis

Die am Sonntag in sämtlichen Städten und Wahlkreisen des Landes Thüringen stattgefundenen Neuwahlen für die Gemeinden und Kreisräte brachten infolge der schwachen Wahlbeteiligung, die im Durchschnitt um 20 Prozent niedriger war als bei den letzten Reichstagswahlen und sich zwischen 56 und 84 Prozent bewegte, Stimmenverluste für alle Parteien. Am besten schnitten die Kommunisten ab, deren prozentualer Anteil an den Gesamtstimmen in zahlreichen Orten gestiegen ist, während besonders die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten erhebliche Stimmenverluste erhielten, die weit über die infolge der geringeren Wahlbeteiligung eingetretenen Verluste hinausgehen.

Die schwere Wahlniederlage der Nazis fällt besonders ins Gewicht, da die Hitlerpartei in den letzten 14 Tagen alle ihre Kräfte nach Thüringen beordert hatte und Hitler sich persönlich in den wichtigsten Orten einsetzte. Während die Kommunisten entsprechend der 20 Prozent schwächeren Wahlbeteiligung prozentual in wichtigen Orten gewinnen konnten, meldet die bürgerliche, nazifreundliche Presse selbst, daß der Verlust der Nazis gegenüber den Reichstagswahlen bis zu 30 Prozent beträgt. Diese Verluste kommen meist anderen bürgerlichen Parteien zugute, während die KPD die Verluste der SPD aufgefangen hat, was sich aus einem Vergleich der Zahl der Sitze klar ergibt.

Nachstehend bringen wir eine Reihe von Ergebnissen der gestrigen Wahl. Wir werden morgen noch näher darauf eingehen. Von den in Klammern gesetzten Ziffern sind die ersten die Ergebnisse von den Reichstagswahlen am 6. November, die zweiten von den Gemeindewahlen 1928.

Apolda: KPD 2184 (2574, 920), 4 (2) Sitze, SPD 2798 (3462, 3554), 6 (8) Sitze; NSDAP 1430 (6389, 2715), 9 (6) Sitze, Bürgerliche 2788 (—, 4643), 6 (9) Sitze.

Eisenach: KPD [illegible] ([illegible], 1898), 10 (4) Sitze, SPD [illegible] (5454, 6173), 6 (13) Sitze, NSDAP [illegible] ([illegible], [illegible]), 11 (1) Sitze, Bürgerliche 1607 (—, [illegible]), 3 (12) Sitze.

Eilenberg: KPD 2002 (2128, 1087), 9 (6) Sitze; SPD 1607 (2059, 2007), 8 (11) Sitze; NSDAP 1012 (1356, —), 5 (0) Sitze.

Jena: KPD 6360 (7442, 3657), 7 (5) Sitze, SPD 7480 (9615, 8187), 9 (11) Sitze; NSDAP 6459 (8120, 751), 8 (1) Sitze.

Gotha: KPD 6133 (7173, 5653), 11 (10) Sitze; SPD 1327 (1922, 1574), 2 (3) Sitze; NSDAP 7565 (10 046, 6131), 14 (12) Sitze.

Meuselwitz: KPD 1302 (1819, 929), 4 (3) Sitze; SPD 2500 (2751, 2609), 10 (11) Sitze; NSDAP 1215 (1519, —), 4 (0) Sitze, Bürgerliche 1017 (—, 2085), 3 (7) Sitze.

Kahla: KPD 512 (557, 231), 3 (1) Sitze, SPD 805 (874, 1147), [illegible] Sitze; NSDAP 526 (619, —), 3 (0) Sitze, Bürgerliche 811 (—, 811), 2 (4) Sitze.

Weimar: KPD 2704 (3011, 1185), 4 (2) Sitze, SPD 3347 (3191, 4058), 5 (7) Sitze, NSDAP 7122 (11 003, 2003), 11 (4) Sitze.

Saalfeld: KPD 1778 (2213, 584), 4 (1) Sitze; SPD 2358 (2532, 3040), 6 (10) Sitze; NSDAP 3490 (4114, 182), 9 (1) Sitze; Bürgerliche 1484 (—, 3867), 4 (11) Sitze.

Schmölln: KPD 1155 (1440, 886), 3 (2) Sitze, SPD 2536 (2711, 3741), 6 (12) Sitze, NSDAP 2773 (2900, —), 5 (0) Sitze; Bürgerliche 798 (—, 2843), 1 Sitz.

Wer steht hinter Schleicher?

„Es ist bekannt,“ erklärt ganz offen die ihm selbst nahestehende „Tägliche Rundschau“ vom 30. November, „wie sehr gerade einem der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Krupp von Bohlen und Halbach, um das Zustandekommen des Kabinetts Schleicher bemüht, sogar in dem Sinne auf die NSDAP eingewirkt hat. Es hat überhaupt den Anschein, als wenn eine Reihe von Wirtschaftlern aus der Schwerindustrie, Großschiffahrt usw. auf eine Kandidatur Schleichers hindrangen, und zwar aus dem wesentlichen Gesichtspunkt, überhaupt eine ruhige Entwicklung der Wirtschaft — [illegible] — zu verbürgen. Es ist nicht uninteressant, daß es sich hierbei vorwiegend um Vertreter des Bergbaus und der eisenschaffenden Industrie, also der Grundstoffindustrie im weiteren Sinne handelt.“

Hinter Schleicher stehen die entscheidenden Teile der Bourgeoisie, vor allem die Schwerindustriellen, die Reeder, die Bauherren usw., die Scharfmacher Krupp und Klöckner und ein Teil der Junker dazu.

Die Helfer der Schleicher-Diktatur

sind unbeschadet aller ihrer Differenzen untereinander und mehr oder weniger „oppositionell“ maskiert, zu ihrem Werk bereit.

Die Hitlerpartei heuchelt „Opposition“. Ja, [illegible] die im Wahlen abwandernden proletarischen und werktätigen Anhänger zu halten und zur Erringung des gewünschten Einflusses und der gewünschten Posten im kapitalistischen Staate auszunützen. In der Tat aber unterstützt die NSDAP aber die Diktatur hinweg das Programm der Schleicherdiktatur.

Das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften treten fast ganz offen für die Schleicherdiktatur ein. Die christlichen Verbandsangestellten treten für den Krupp'schen Lohnabbau ein und die „Germania“ propagiert (Leitartikel vom 2. Dezember) das Verbot der Kommunistischen Partei.

Die schändlichste Rolle hat die Sozialdemokratie mit dem ADGB übernommen. Sie, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ist gewillt, noch mehr als bisher das Diktaturregime zu unterstützen, der weiteren Entfaltung des Faschismus den Weg zu bereiten. Leipart hat nach der Befehlsausgabe der Schleicher — etwas anderes war die Unterredung in der Sache nicht — prompt ein Schreiben an den General geschickt und seinen Inhalt im „Vorwärts“ proklamiert. Mit dünnem „oppositionellen“ Mantel treten die ADGB-Führer für die Schleicherdiktatur ein.

Der General kommandiert und der Oberleutnant Brüning, der Gefreite Hitler und der Musketier Leipart parieren.

Die KPD ist die einzige Partei, die den Charakter der Schleicherregierung zeigt, die zum schärfsten Kampf gegen die Diktaturregierung aufruft und die proletarische Einheitsfront mit verstärkter Kraft formiert!

Einheitsfront Hitler-Leipart

Hitler gegen Streiks — Leipart gegen Lohnausgleich

In einer Wahlversammlung zum Thüringischen Wahlkampf in Altenburg kam Hitler in seiner Rede auf die Streikkämpfe in Berlin und Westdeutschland zu sprechen, wobei er erklärte, er sei nicht für den Streik.

Hitler spricht sich also hier offen und klar gegen den Streik aus. Die Naziführer sind nicht nur gegen den Streik, sondern sie sind Streikbrecher. Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik, der Streikbruch der Nazis auf Gut Eichstädt, der organisierte Nazistreikbruch bei Krupp und in Schwelm sind nur einige Beispiele dafür, wie die Naziführung ihre Anhänger zu einer Streikbruchgarde für das Unternehmertum mißbrauchen will.

Zur selben Zeit, wo Hitler der Bourgeoisie nochmals seine Partei als Streikbruchgarde anbietet, schreibt Leipart an den Generaldiktator Schleicher, daß er den ADGB für einen neuen Lohnraub einsetzen wird, denn Vierzigstundenwoche ohne Lohnausgleich bedeutet Lohnabbau.

Diese Forderung Leiparts in seinem Brief an Schleicher, daß die gesetzliche Durchführung der Vierzigstundenwoche ohne Lohnausgleich erfolgen soll, hat in der Arbeiterschaft größte Empörung ausgelöst. Der Vorwärts muß sich in seiner Morgenausgabe vom 3. Dezember mit den Anklagen beschäftigen. Aber wieder vertritt er das Programm eines neuen, großen Lohnabbaues, indem er wörtlich schreibt:

„Die Vierzigstundenwoche von vornherein mit der Frage des Lohnausgleichs belasten, hieße, zumal bei dem gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis, sie zum Scheitern verurteilen.“

Das Zentralorgan der SPD bestätigt damit, daß die ADGB-Führer keinen Lohnausgleich fordern und noch viel weniger um den Ausgleich kämpfen wollen.

Für die Arbeiterschaft ist ein neuer Lohnabbau unerträglich. Sie stellt sich das Ziel des Siebenstundentages mit vollem Lohnausgleich. Es gilt, jeden neuen Lohnabbau in jeder Form durch den Kampf abzuwehren. Dazu muß in jedem Betrieb, in jeder Abteilung die breiteste Einheitsfront des Kampfes hergestellt werden. Wir müssen die Arbeiter der SPD sowie der NSDAP für die Kämpfe gegen jeden Pfennig Lohnraub gewinnen, den gewerkschaftlichen Arbeitern die Lohnräuberrolle der ADGB-Führer und den Naziarbeitern das offene Streikbruchangebot Hitlers klarmachen und sie in den Kämpfen zur roten Einheitsfront herüberziehen.

Anhängern der Nazis, macht ihnen allen die Rolle der NSDAP klar und gewinnt sie durch die Organisierung ihrer täglichen Kämpfe für den proletarischen Klassenkampf!

Holzarbeiteraussperrung in Halle

Die Unternehmer in der Holzindustrie wollen einen neuen Lohnabbau durchdrücken. In Halle an der Saale haben sie zu diesem Zweck bereits die folgenden Firmen ausgesperrt: Reinicke und Anton, Kauter (Vereinigte Tischlermeister), Claus und Kühl, Preller. Die Ausdehnung des Kampfes ist zu erwarten.

Meuterei im SA-Dienstlager

In Möser bei Magdeburg befindet sich ein Arbeitsdienstlager der SA, das unter Führung von drei Offizieren steht. Die Beschwerden über das hundsmiserable Essen und die schlechte Entlohnung (1,35 Mark pro Woche!) häuften sich, ohne jedoch Erfolg zu haben. Als sich vor einigen Tagen wieder ein SA-Mann beschwerte, ging der Antreiber unter wüsten Beschimpfungen tätlich gegen den SA-Mann vor, welcher sich mit dem Spaten zur Wehr setzte. Die beiden anderen Aufseher schlugen nun auf den SA-Mann ein. Daraufhin kam es zu einer allgemeinen Empörung der übrigen SA-Leute, die in ihrer Wut zwei der Aufseher übel verdroschen.

Auch bei den SA-Proleten beginnt die Erkenntnis, daß die Hitlerpartei die Dienste der Bourgeoisie durchführt und besonders im Arbeitsdienst nicht nur die Jungarbeiter für den kommenden Krieg und als Streikbrecher drillt, sondern sie auch [illegible] [illegible]. [illegible] die [illegible] unter den [illegible]

Der „Vorwärts“ kündigt Preisgabe des sozialdemokratischen Volksentscheids an

Durch dick und dünn mit der Schleicher-Diktatur!

Als die Papenregierung das Lohnabbaudiktat verkündete und in derselben Notverordnung die Zerschlagung der gesamten Sozialversicherung in Angriff nahm, da versuchte die SPD den außerparlamentarischen Massensturm, der sich gegen diese Maßnahmen erhob, durch die Einleitung eines Volksentscheids gegen den sozialpolitischen Teil der Papennotverordnung einzudämmen. Wir haben der Arbeiterschaft klar gemacht, daß dieses Manöver eine praktische Unterstützung der Papendiktatur bedeutete, daß es nicht darauf ankommt, worüber im nächsten Jahr abgestimmt wird, sondern einzig und allein darauf, was heute und morgen in den Betrieben und an den Stempelstellen an konkreten Kampfmaßnahmen zur Durchführung gelangt. Gleichzeitig erklärten wir, daß die Kommunisten, wenn der Volksentscheid durchgeführt würde, alles daran setzen werden, um auch dieses Mittel zur Kampfmobilisierung des Proletariats auszunutzen.

Unter unserer Führung griff die Arbeiterschaft in Hunderten von Betrieben, in denen die Unternehmer den Lohnabbau nach dem Muster des Papenprogramms durchführen wollten, zur Waffe des Streiks und schlug damit die Unternehmerangriffe zurück. Diese Welle des Widerstandes, entfaltet durch unsere Einheitsfrontaktion, hat das Papenkabinett gesprengt und die Bourgeoisie gezwungen, andere Formen zur Durchführung ihrer Lohnabbaupläne zu suchen. Dabei helfen die Bürokrater des ADGB und der SPD.

Jetzt läßt der Vorwärts durchblicken, daß die SPD sogar bereit ist, im Interesse der Unterstützung der Schleicherdiktatur auf den von ihr mit so großem Tamtam in Szene gesetzten Volksentscheid zu verzichten. Er schreibt:

„Nur ein wirklicher sozialer Kurswechsel kann der Regierung vielleicht die Möglichkeit schaffen, um das sozialdemokratische Volksbegehren herumzukommen.“

Was die SPD unter „sozialem Kurswechsel“ versteht, das zeigt die Tolerierungsplattform, die der ADGB dem Kanzler Schleicher offeriert hat. Durchführung des Lohnabbaues auf dem Wege der generellen Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich ohne jeden Lohnausgleich.

Prangert diesen neuen Betrug in allen Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen an. Zeigt, daß die SPD-Führerschaft mit der Schleicherdiktatur durch dick und dünn zu gehen bereit ist.

Mobilisiert die Belegschaften zur Abwehr aller Lohnabbaumaßnahmen, ganz gleich, ob sie nach dem Rezept Papens oder nach dem Muster Schleichers und Leiparts durchgeführt werden sollen.

Naziüberfall auf Reichsbanner

Am Sonntagmorgen wurden 150 Reichsbannerleute, die von einer Uebung zurückkehrten, von etwa 200 Nationalsozialisten, die auf dem Wege zu einer Wehrsportübung waren, überfallen. Es kam dabei zu blutigen Zusammenstößen. 7 Reichsbannerleute wurden teils schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Von den beteiligten Nazis sollen sechs verletzt worden sein. Die Polizei nahm 3 Nazis und 3 Reichsbannerleute fest.

Roter Erfolg bei Betriebsrätewahlen

Bei der Firma Elektro-Metall in Cannstadt (Württemberg) fand dieser Tage die Neuwahl des Betriebs- und Arbeiterrates statt. Die Rote Einheitsliste erhielt 127 Stimmen und 5 Sitze (bisher 4), die SPD-Liste erhielt 34 Stimmen und 1 Sitz (bisher 2). Bisherige SPD-Arbeiter sind alle zur Einheitsfront gekommen.